

**Dr. Dr. h.c. Josef Homeyer**

Bischof em. von Hildesheim

## **Die Zusammenarbeit der EU-Bischofskonferenzen in der COMECE 25 Jahre im Dienste der *Ecclesia in Europa***

*(Artikel für „Osservatore Romano“)*

Im vergangenen Jahr gedachte die COMECE, also die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft ihres 25-jährigen Bestehens. Im Rahmen einer Festveranstaltung sprachen die in Frankreich lebende deutsche Benediktinerin Gisela Happ, der polnische Intellektuelle Stefan Wilkanowicz und der ungarische Kardinal Peter Erdö. Schon diese Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der COMECE im vergangenen Vierteljahrhundert, aber zugleich, welche Herausforderungen vor ihr liegen.

### **Die Anfänge**

Als eine unmittelbare Folge des II. Vatikanischen Konzils entstand 1971 der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). Damit schufen sich die Bischöfe Europas ein Forum für die Erörterung pastoraler Fragen, die den Europäischen Bischofskonferenzen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs wichtig waren. Schon bald zeigte sich, dass die Bischofskonferenzen der EG-Mitgliedsstaaten den immer stärker werdenden europäischen Integrationsprozess nicht ignorieren konnten und wollten. Zunächst wurde 1976 ein eigener Informationsdienst eingerichtet, aber 1979 - im Jahr der ersten allgemeinen Direktwahl des Europäischen Parlamentes - wurde die Gründung der COMECE beschlossen und am 3. März 1980 vollzogen mit der Errichtung eines Sekretariates in Brüssel. Die Errichtung einer eigenen Kommission erachtete man auch deswegen für notwendig, weil die Beratung der sich von der EU her ergebenden Themen in der CCEE zu riskant war - die Vertreter der Bischofskonferenzen jenseits des Eisernen Vorhangs wären dann gewiss seitens ihrer Regierungen an der Teilnahme behindert worden.

Bereits 1956, also ein Jahr vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge, hatten die Jesuiten ein katholisches Sekretariat für Information und Initiativen bezüglich Europa (OCIPE) gegründet mit Sitz in Brüssel, Straßburg, Warschau und Budapest. Einige Jahre später folgten die Dominikaner mit der Errichtung eines ähnliches Büros (ESPACES). Die Zusammenarbeit dieser Einrichtungen mit der COMECE ist gut und hat sich als sehr befruchtend erwiesen.

Der erste Präsident der COMECE wurde der Bischof von Essen, Franz Kardinal Hengsbach, und der erste Generalsekretär der französische Prälat Paul Huot Pleuroux, der mit einem sehr kleinen Mitarbeiterstab seine Arbeit in Brüssel aufnahm. In der Aufbauphase der achtziger Jahre gelang es, die Informationsarbeit des Sekretariats zu entwickeln und zu verstetigen. Zugleich wuchs die COMECE zu einem Ort bischöflicher Kollegialität und Solidarität heran. Erinnerung sei hier an die gemeinsam organisierte Hilfe für die polnische Bischofskonferenz während des massiven Druckes des Kriegsrechts.

## **Die schwierige Vermittlung zwischen den Bischofskonferenzen und den Einrichtungen der EU**

Die COMECE stellt ein Relais dar zwischen der Ortskirche in den Mitgliedstaaten und den politischen Institutionen der Europäischen Union. In diesem Sinne verfolgt die COMECE im Wesentlichen drei Aufgaben:

- Die Politik der Europäischen Union beobachten, analysieren und durch Stellungnahmen und Beiträge zur Entwicklung der Politik beizutragen;
- die (Orts-)Kirche über aktuelle Entwicklungen der Politik und Rechtsetzung der EU zu informieren, (zum Beispiel durch einen Informationsdienst, Rundbriefe, direkte Kontakte, Informationsveranstaltungen) und so in der Kirche ein kritisches Bewusstsein für die Bedeutung der EU-Politik zu schaffen;
- der Kirche auf europäischer Ebene Präsenz zu verleihen, auf der Grundlage der kirchlichen Soziallehre die Reflektion und Debatte über die Herausforderungen für ein vereintes Europa zu fördern, etwa durch Seminare, Tagungen, Kongresse und Themenabende.

▪  
Zweimal im Jahr kommen die seitens der Bischofskonferenzen delegierten Bischöfe zu einer dreitägigen Vollversammlung in Brüssel zusammen. Dabei geht es vor allem um die Information über Projekte und Entwicklungen in den Institutionen der EU, um die Meinungsbildung in der grundsätzlichen Ausrichtung wie auch hinsichtlich zentraler Themen, und nicht zuletzt um den Erfahrungsaustausch.

Im Generalsekretariat der COMECE in Brüssel sind neun Mitarbeiter aus sechs Mitgliedsstaaten tätig sind. Das Sekretariat ist interdisziplinär besetzt mit Theologen, Politologen, Ökonomen und Juristen, um dem breiten Spektrum der anfallenden Fragen gerecht werden zu können. Besondere Bedeutung kommt den Sprachkenntnissen der Mitarbeiter zu, um in direktem Kontakt mit den Ortskirchen der Mitgliedsstaaten agieren zu können. Das zeigt sich schon in den Arbeitssprachen des Sekretariats: Englisch, Deutsch, Französisch und Italienisch. Die Arbeit des Sekretariats wird unterstützt durch Kommissionen und Arbeitsgruppen, die jeweils mit Experten der Bischofskonferenzen besetzt sind und das Ziel verfolgen, sich über den Fortgang der europäischen Einigung und die jeweils anstehenden Schwerpunkte zu informieren, eine Meinungsbildung herbeizuführen und gegebenenfalls Stellungnahmen zu entwerfen für die Vollversammlung.

Der Ausbau des Sekretariates wie auch die Entwicklung und Gestaltung der Beziehungen sowohl zu den Bischofskonferenzen wie auch zu den europäischen Institutionen ist vor allem dem derzeitigen Generalsekretär, dem aus Irland stammenden Prälaten Noël Treanor zu verdanken. Die konstruktive Teilnahme an der Diskussion über die innere Gestalt der Europäischen Union im Vorfeld der Verträge von Maastricht und Amsterdam, die vermehrte Beschäftigung mit sozioethischen Fragestellungen – zum Beispiel auf dem ersten Sozialkongress der COMECE zur europäischen Währungsunion im Jahre 1998 – aber auch die Kontaktaufnahme zu Zusammenschlüssen von Bischofskonferenzen anderer Kontinente – zuerst im Rahmen eines größeren Kongresses mit den Bischöfen des afrikanischen CELAM 2002 in Spanien – charakterisieren die zunehmend konsolidierende Arbeit der COMECE seit dem Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten zur EU und dem Anwachsen um acht weitere auf 22 Episkopate begann am 1. Mai 2004 ein neues Kapitel in der noch jungen Geschichte der COMECE. Gemeinsam mit dreihundert Katholiken aus ganz

Europa unternahmen die Bischöfe der COMECE im April 2004 eine Wallfahrt nach Santiago de Compostela, um Gott für das friedliche Zusammenwachsen Europas zu danken und ihn angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten im weiteren Prozess der europäischen Integration um seinen Segen zu bitten. In der ersten Vollversammlung mit den Delegierten der neu hinzugekommenen Bischofskonferenzen in Santiago de Compostela mahnte die COMECE nachdrücklich eine Intensivierung der geistlichen und materiellen Solidarität der neuen und größeren EU an.

Zugleich verstärkte die COMECE ihre theologische Reflexion über „das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken“, die nach einem langen Konsultationsprozess schließlich in die am 9. Mai 2005 veröffentlichte gleichnamige Schrift mündete, die inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt ist. In den ethischen und sozialetischen Fragen haben in den letzten Jahren die europäische Forschungspolitik, die Fragen von Migration und Einwanderung und einer zu stärkenden europäischen Familienpolitik einen immer breiteren Raum in der Arbeit der COMECE eingenommen.

Maßgebend für die Arbeit der COMECE ist das Apostolische Schreiben *Ecclesia in Europa* von Johannes Paul II. aus dem Jahr 2003. Der Titel dieses europäischen Vermächtnisses des europäischen Papstes, *Ecclesia in Europa*, ist das Programmwort der COMECE: Wie kann sich die COMECE in den Dienst von Europa und der Kirche in Europa stellen, die sich ihrer Einheit immer mehr bewusst wird, ohne dabei die nationalen und regionalen kirchlichen Besonderheiten in Frage zu stellen? Die Antwort darauf kann nur - beharrlich und visionär - im aufrichtigen Dialog gefunden werden.

In diesem Sinne fördert die COMECE dafür geeignete Initiativen. So hat sie etwa gemeinsam mit der Diözese Graz und der dortigen Universität eine Sommeruniversität ins Leben gerufen, an der in diesem Jahr erstmals achtzig junge Teilnehmer aus ganz Europa beteiligt sind, um drei Wochen lang die religiöse und kulturelle Identität Europas zu studieren und zu diskutieren.

Das Interesse der EU an der Mitarbeit der Kirchen wächst (wenn auch nicht bei allen). Im Rückblick zeigt sich, dass die europäischen Institutionen erst mit einiger Verzögerung auf die Präsenz der Kirchen und kirchlichen Organisationen in Brüssel reagiert haben. Erst als nach dem Fall der Berliner Mauer deutlich wurde, dass die Europäische Union sich von einem gemeinsamen Markt zu einer politischen Union entwickeln könnte, gewann die Frage nach der Wertegrundlage dieser politischen Union auch für die führenden Politiker zunehmend an Gewicht und Brisanz. Jetzt wurden die Kirchen und ihre Äußerungen jedenfalls aufmerksamer wahrgenommen und immer häufiger kam es zu Kontakten. Es war Kommissionspräsident Jacques Delors, der in seiner Ansprache vom 14. April 1992 vor Kirchenvertretern erklärte: „*Wenn es uns in den kommenden zehn Jahren nicht gelingt, Europa eine Seele, eine Spiritualität, einen Sinn zu geben, haben wir das Spiel verloren. Glauben Sie mir: Nur mit seinen juristischen Fähigkeiten und seinem wirtschaftlichen Know-how wird Europa keinen Erfolg haben.*“

Mit dieser Forderung fand Delors in Anlehnung an einen Ausspruch Robert Schumanns die Formel für eine Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. In der Folge beauftragte er einen Berater seiner „Gruppe für Zukunftsanalysen“ mit der Aufgabe, den Dialog mit den Kirchen und Re-

ligionsgemeinschaften zu fördern. Auf der Grundlage dieser Entscheidung entwickelte sich in den letzten Jahren ein ständiger informeller Dialog mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen im Anschluss an die Sitzungen des Europäischen Rates. Außerdem gibt es Dialog-Seminare zu Themen von beiderseitigem Interesse. Alle Amtsnachfolger Delors haben an dieser Praxis festgehalten. Darüber hinaus nimmt die COMECE auch an den offenen Konsultationen der Europäischen Kommission zu Gesetzesvorhaben teil.

Neben den Kontakten zu der Europäischen Kommission ließen sich informelle, aber gute Beziehungen mit dem europäischen Parlament und mit dem Ministerrat aufbauen: Wie die anderen Kirchen und die vielen kirchlichen Organisationen unterhält die COMECE gute Kontakte zu einzelnen Abgeordneten und deren Gruppen im Europäischen Parlament.

Allerdings sei auch nicht verschwiegen, dass manche Politiker und hohe Beamte mit Unverständnis oder gelegentlich auch Ablehnung auf Stellungnahmen der Kirchen reagieren oder eher zurückhaltend auf kirchliche Einladungen antworten. Alles in allem muss jedoch gesagt werden, dass in Brüssel und Straßburg ein allgemein offenes Klima für das Gespräch mit den Kirchen herrscht, wenn auch das Spezifikum der Kirchen von den Gesprächspartnern nicht immer wahrgenommen wird.

Im Hinblick auf die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Europäischer Union und den Kirchen brachte die Verfassungsdebatte wichtige Erfahrungen. Als unmittelbar nach Abschluss des Vertrages von Nizza im Jahr 2000 die Diskussion über die Zukunft der EU einsetzte und sehr bald den Charakter einer Verfassungsdebatte annahm, wurde mit Recht immer wieder die weit reichende Bedeutung der Verfassung als Grundlage des europäischen Zusammenlebens betont. Entsprechend konzentrierte sich auch die Arbeit der COMECE auf die Begleitung dieses Prozesses. Sie informierte die Bischofskonferenzen in den Mitgliedsstaaten und konnte eine breite Debatte über die Verfassungsinitiative anstoßen. Die Ergebnisse dieser kircheninternen Debatte brachte sie wiederum in die politische Diskussion ein. Im Vordergrund stand dabei die Bezugnahme auf Gott und das christliche Erbe in der Präambel, die Verankerung christlicher Werte im Verfassungstext, der Schutz der Grundrechte durch die Aufnahme der Grundrechtecharta und die Einführung eines eigenen Kirchenartikels, der den Schutz der Stellung der Kirche in den Mitgliedstaaten und den Dialog zwischen der EU und den Kirchen zum Gegenstand haben sollte.

Der Europäische Konvent entsprach den Eingaben der Kirchen und kirchlichen Organisationen insofern, als er in Artikel 2 und 3 seines Verfassungsentwurfes Grundwerte der christlichen Anthropologie aufnahm, die Grundrechtecharta als Teil 2 der Verfassung integrierte und einen eigenen Kirchenartikel schuf.

Hinsichtlich des Bezuges auf Gott und die Bedeutung des Christentums für Europa war das Ergebnis äußerst bedauerlich. Trotz dieser bitteren Enttäuschung wird man zugeben müssen, dass die Kirchen als Gesprächspartner in dem Ringen um die Grundlagen der künftigen EU ernstgenommen wurden. Dies fand dann auch seinen Niederschlag im Verfassungstext selbst, der ausdrücklich von der Anerkennung der Identität der Kirchen und ihres besonderen Beitrags spricht und den offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog zwischen der EU und den Kirchen und Religionsgemeinschaften vorsieht.

Übrigens hat sich auch und gerade in der Verfassungsdebatte die insgesamt gute ökumenische Zusammenarbeit bestätigt: Von der Verständigung über die wesentlichen Positionen bis hin zur Abstimmung einzelner Initiativen gegenüber dem Europäischen Konvent oder der anschließenden Regierungskonferenz konnte mit den ökumenischen Partnern Einvernehmen hergestellt werden. Die Zusammenarbeit mit der bereits 1973 von den evangelischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen gegründeten „Kommission für Kirche und Gesellschaft“ der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) gestaltet sich durchaus positiv. Ein besonders gelungenes Beispiel für die ökumenische Zusammenarbeit sind die regelmäßigen Besuche einer gemeinsamen Delegation von KEK und COMECE bei der jeweiligen Präsidentschaft des Ministerrates, um dessen Arbeitsschwerpunkte zu erörtern und die Vorstellungen der Kirchen darzulegen.

Der im europäischen Verfassungsvertrag vorgesehene Dialog mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften wird in den kommenden Jahren weiter Gestalt annehmen müssen, auch wenn die Ratifizierung des Vertrages gegenwärtig ungewiss ist. Im Juli 2005 hat auf Einladung des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso eine erste Begegnung mit den Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften stattgefunden, bei der es zu intensiven Gesprächen kam. Zu einem weiteren Treffen im Juni 2006 lud neben Präsident Barroso auch der österreichische Bundeskanzler und EU-Ratsvorsitzende Wolfgang Schüssel ein. Ergebnisse dieses Gespräches fanden dann erstmals Eingang in die Schlussfolgerungen des europäischen Rates. Während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 ist eine weitere Begegnung mit Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu erwarten, an der dann auch der Präsident des Europäischen Parlamentes teilnehmen sollte. Die COMECE hat die Möglichkeit, an der weiteren Ausgestaltung dieses Dialogs in den nächsten Monaten und Jahren mitzuwirken.

Bei der letzten Tagung des europäischen Rates haben die Staats- und Regierungschefs für März 2007 anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge eine politische Erklärung zu den Werten und Zielen der EU in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang könnte sich die Gelegenheit ergeben, mit den politisch Verantwortlichen Europas über den Sinn eines Gottesbezuges und die Erwähnung des christlichen Erbes zu sprechen und für deren Aufnahme in die geplante feierliche Erklärung über die europäischen Werte zu werben.

### **Irritationen über Beitrittszusagen der EU**

Nicht zuletzt gehört es zu den Aufgaben der COMECE, Kontakte zu knüpfen mit den Bischofskonferenzen jener Länder, denen die EU eine Aufnahme in Aussicht gestellt hat. Die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien - 2007 oder 2008 - ist beschlossen. Den Ländern des westlichen Balkan - Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und gegebenenfalls Kosovo - wurde der Beitritt vor einigen Jahren und im Juni 2006 erneut in Aussicht gestellt. Es steht außer Zweifel, dass dies die einzige Chance nicht nur für diese Länder, sondern auch für eine selbsttragende Stabilisierung der ganzen Region ist. Dies dürfte im entschiedenen Interesse aller Mitglieder der EU liegen. Eine unbegrenzte Verschiebung des Beitritts dieser Länder, wie sie gegenwärtig in einer Reihe von Mitgliedsländern diskutiert und sogar gefordert wird, würde die betroffenen Länder des westlichen Balkan schwer enttäuschen und ungeahnte Folgen nicht nur für diese Länder, sondern für ganz Europa haben.

Umso mehr erwarten die Bischofskonferenzen dieser Länder von der COMECE, in den Mitgliedsländern und in den EU-Institutionen auf die gefährlichen Folgen einer unbegrenzten Verschiebung der zugesagten Beitrittsperspektive hinzuweisen und für die Einhaltung der Aufnahme-Zusage zu werben. Dazu sieht sich die COMECE umso mehr verpflichtet, weil die in den vergangenen Jahren erreichte Verständigung und Aussöhnung zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften auch zu dem gemeinsamen Votum für den EU-Beitritt dieser Länder geführt hat.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass die Präsidien der COMECE und des in Sankt Gallen ansässigen Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) im März diesen Jahres zusammengekommen sind, um über die Zukunft der Zusammenarbeit der Bischofskonferenzen in Europa zu sprechen.

*„Die Stärkung der Union im Schoße des europäischen Kontinents spornt die Christen dazu an, beim Integrations- und Versöhnungsprozess durch einen theologischen, spirituellen, ethischen und sozialen Dialog mitzuwirken. In der Tat, können wir es etwa zulassen, dass in dem Europa, das sich auf dem Weg zur politischen Einheit befindet, gerade die Kirche Christi ein Faktor der Entzweiung und Uneinigkeit ist? Wäre das nicht einer der größten Skandale unserer Zeit?“ (Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, N.119)*